

München, 28.10.2021

Anhörung zu bezahlbaren Energiepreisen: Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen

Wirtschafts- und energiepolitische Sprecherin Annette Karl: Strom aus erneuerbaren Energien spart langfristig Kosten, Konzepte für steigenden Strombedarf sind erforderlich

Anlässlich der heutigen (28. Oktober), von der SPD-Landtagsfraktion beantragten, Sachverständigenanhörung zur Bezahlbarkeit der Elektrizität im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags fordert die SPD-Wirtschaftsexpertin **Annette Karl** einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. "Wichtig ist, dass Energie bezahlbar bleibt. Langfristig wird die Energiewende zu einer Reduzierung der Kosten führen - wenn sie endlich angepackt wird. Mit einer Ausbauoffensive der erneuerbaren Energien würden die Kosten gesenkt und die Bürgerinnen und Bürger entlastet."

Ausgaben, die etwa durch Entsorgung und Lagerung von nuklearen Abfällen entstehen, seien in den heutigen Stromkosten nicht vollständig abgebildet. Ein Zerrbild, so Karl: "Langfristig kosten uns fossile und nukleare Energien viel mehr als erneuerbare Energien, weil die Entsorgung der Abfälle enorm teuer ist. Erneuerbare Energien sind effizienter." Die SPD-Energieexpertin fordert, den Strompreis für private Haushalte zu senken. Dies könne nur durch steuerliche Finanzierung der Ausnahmen bei der EEG-Umlage für energieintensive Industrien gelingen. Auch müsse die Stromsteuer auf EU-Minimum gesenkt werden. „Wir müssen einkommensschwache Haushalte entlasten und den zunehmenden Bedarf an Strom aus erneuerbaren Energien im Blick behalten", fordert Karl.

Bei Betrachtung des heutigen Energiebedarfs werde deutlich, dass der Strombedarf um ein Vielfaches steigen wird. Nur etwa 17 Prozent des deutschen Energieverbrauchs werden durch Erneuerbare gedeckt. "Wenn wir Klimaneutralität wollen, müssen wir 80 Prozent unserer Energien aus erneuerbaren Energien nehmen. Das ist noch ein langer Weg," mahnt Karl. "Deshalb brauchen wir klare Weichenstellungen für einen schnellen und umfassenden Ausbau der Wind- und Solarenergie. Da darf sich auch die Staatsregierung nicht wegducken und muss den Windkraftausbau voranbringen. Das ist im Sinne der bayerischen Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der bayerischen Industrie."